

Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Christine Kamm, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Barbara Rütting, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Regionale Schulentwicklung ernst nehmen! Mit Schulversuchen und Öffnungsklausel neue Modelle von unten ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, bei der Konzeptionierung des in der Koalitionsvereinbarung angekündigten Schulversuchs Kooperationsmodelle, eine zukunftsfähige regionale Schulentwicklung umzusetzen, indem

- die Zahl der Schulversuche so groß ist, dass für alle Anträge aus den Gemeinden bei Erfüllung der konzeptionellen Voraussetzungen eine Realisierungschance besteht;
- im Sinne einer Öffnungsklausel unterschiedliche Organisationsmodelle bzw. Konzepte zugelassen werden, die für die jeweiligen örtlichen Bedingungen als passgenau definiert wurden und indem kein einheitliches Organisationsmodell von „oben“ festgelegt wird, das alle anderen ausschließt;
- etwa in Schulen mit Haupt- und Realschulzweig unter einem Dach, wobei in den unterschiedlichen Klassenstufen integrativ oder nach Zweigen differenziert unterrichtet werden kann;
- integrative schulformübergreifende Organisations- und Unterrichtsformen nach dem Prinzip des längeren gemeinsamen Lernens bis zu Klasse neun ermöglicht werden;
- an den Modellschulen ein mittlerer Bildungsabschluss (Realschulabschluss) erlangt werden kann;

- Modelle, die etwa durch ein entsprechendes Fremdsprachenangebot die Option für den anschließenden Übertritt in die gymnasiale Oberstufe bieten, ermöglicht werden;
- Modellversuche mit den notwendigen personellen Ressourcen ausgestattet werden, insbesondere bei der Zuweisung von Lehrerinnen bzw. Lehrern und Schulsozialarbeiterinnen bzw. -sozialarbeitern und außerschulische Kräften;
- das nötige Fächerspektrum zur Erreichung des mittleren Abschlusses angeboten wird; Flexible Lösungen des Lehrereinsatzes müssen dafür ermöglicht werden;
- für die fachliche Begleitung bei der Entwicklung und Umsetzung der pädagogischen Konzepte den Schulen die dafür erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden;
- die Modellversuche wissenschaftlich begleitet und nach sechs Jahren von einem unabhängigen Gremium evaluiert werden.

Begründung:

Die Demographische Entwicklung, das sich wandelnde Übertrittsverhalten und die Anforderungen der Wirtschaft nach Höherqualifikation haben bereits zu tiefgreifenden Veränderungen der Schullandschaft in Bayern geführt, die sich in Zukunft fortsetzen werden. Eine Folge davon ist, dass gerade im ländlichen Raum viele Schulstandorte bedroht sind, wenn diese Schulen Hauptschulen bleiben. Vielerorts sind von Schulleitungen, Kollegien und Eltern in Zusammenarbeit mit der Gemeinde neue Schulmodelle entwickelt worden.

In den letzten Jahren sind ca. 30 Anträge auf neue Schulmodelle im Kultusministerium eingereicht worden, die alle abgelehnt worden sind. Fast ausschließlich war das Schlüsselargument aus den ablehnenden Briefen des Kultusministeriums, dass mit neuen Modellen Hauptschule und Realschule „vermischt“ würden. Im Koalitionsvertrag zwischen CSU und FDP sind nun Modellversuche für neue Schulmodelle angekündigt worden. Die Erwartungen an den Schulen und in den Kommunen sind groß. Bislang sind die Kriterien für diese Modellversuche aber noch nicht bekannt. Es ist aus Sicht der Antragsteller nötig, die Kriterien so zu fassen, dass innovative Modelle ermöglicht werden, die entsprechend der Bedürfnisse vor Ort, eine zukunftsfähige regionale Schullandschaft mit größerer Bildungsgerechtigkeit und verbesserter Leistungsfähigkeit der Schulen schaffen.